

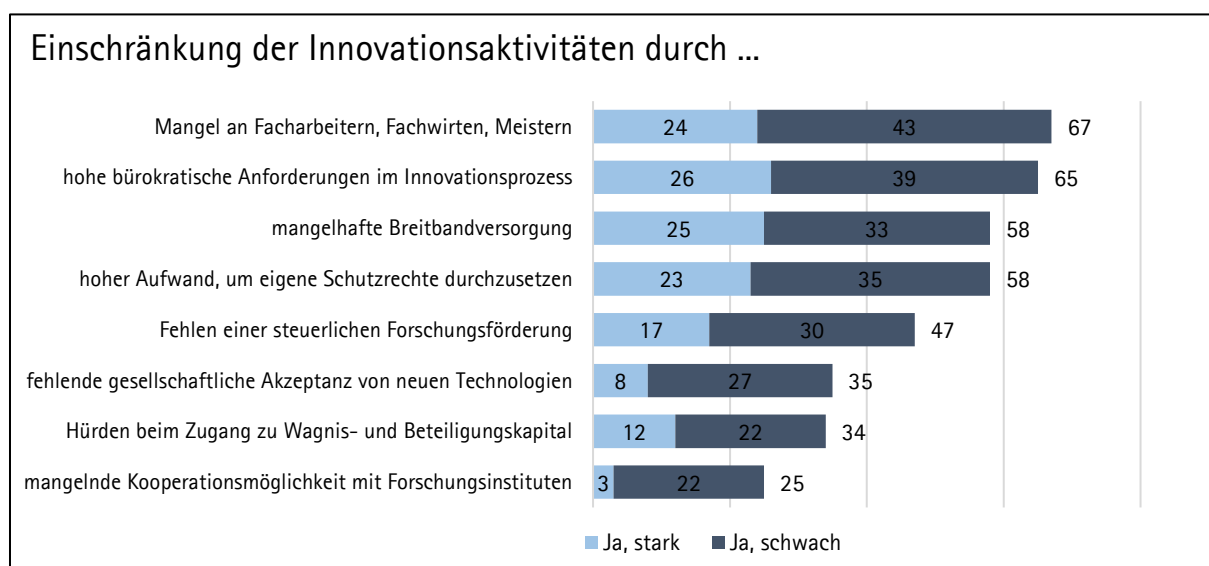
Wirtschaftspolitische Positionen der IHK-Organisation

FORSCHUNG UND INNOVATION: Technologietransfer stärken, Forschungsförderung effizient gestalten

Die wirtschaftspolitischen Positionen der IHK-Organisation (WiPos) zeigen der Politik konkrete Handlungsfelder für eine gute Wirtschaftspolitik auf. Die WiPos geben die abgestimmte Meinung der IHKs und deren Mitglieder wieder. Der DIHK-Vorstand hat diese Position am 20.03.2019 beschlossen.

Forschung und Innovation: Technologietransfer stärken, Forschungsförderung effizient gestalten

Die deutsche Wirtschaft braucht nicht zuletzt wegen der zunehmenden Digitalisierung eine wirkungsvolle Innovationspolitik. Zur Stärkung des Innovationsstandorts Deutschland sollte die Politik einerseits die Innovationsförderung gemeinsam mit der Wirtschaft auf Effektivität prüfen und weiterentwickeln. Andererseits sollte sie die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für private Forschung und Entwicklungs-(FuE-)Aktivitäten weiter verbessern. Dies kann helfen, das in der Hightech-Strategie 2025 angestrebte Ziel, bis 2025 den Anteil der Ausgaben für FuE auf über 3,5 Prozent des BIPs zu steigern, auch zu erreichen. Innovative Lösungen entstehen in technologieoffenen Such- und Entdeckungsverfahren, nicht durch politische Vorgaben. Damit deutsche Unternehmen mit Blick auf die Digitalisierung und die Möglichkeiten der künstlichen Intelligenz auch zu den Gestaltern und Gewinnern der Zukunft gehören, ist ein schnelles, konzertiertes Vorgehen von Politik, Wissenschaft und Wirtschaft erforderlich.



Quelle: DIHK Innovationsreport 2017

Folgende Leitlinien sollten das wirtschaftspolitische Handeln bestimmen:

- Bürokratie abbauen und Verfahren vereinfachen
- Innovationspotenziale auch im Mittelstand heben – durch bewährte Förderprogramme und eine steuerliche Forschungsförderung für Unternehmen
- Innovationsfähigkeit durch Startups stärken
- Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft stärken...
- ... auch zum Durchbruch disruptiver Innovationen

Bürokratie abbauen und Verfahren vereinfachen

Bürokratie bremst Innovationen: Hohe bürokratische Anforderungen im Innovationsprozess machen vielen Unternehmen zu schaffen und binden Ressourcen, die für Forschung und Entwicklung fehlen. Darunter fällt z. B. Zeit- und Kostenaufwand bei Zulassungs- und Genehmigungsverfahren. Aber auch Produktvorschriften und regulatorische Anforderungen, z. B. beim Umgang mit chemischen Stoffen, belasten die Unternehmen und können Innovationen erschweren. Zudem vermissen Unternehmen qualifizierte Ansprechpartner in den Aufsichtsbehörden, die verbindliche Auskünfte geben.

Was zu tun ist: Die Entschlackung von Verfahren kann die Unternehmen dabei unterstützen, ihre Innovationstätigkeit zu verstärken. Dazu sollte die Politik hierzulande Gesetzesvorschläge auf Innovationsfreundlichkeit prüfen und Innovationshemmnisse, die sich aus dem geltenden Recht für Unternehmen ergeben, abbauen. Auf europäischer Ebene sollte sich die deutsche Politik für den Abbau von Innovationshemmnissen im EU-Recht einsetzen, z. B. in Form einer höheren Transparenz und Hilfe bei der Orientierung in der Vielzahl von Produktvorschriften. Darüber hinaus wäre es wichtig, die Prüfzeiten und Entscheidungsprozesse im Deutschen Patent- und Markenamt weiter zu beschleunigen.

Innovationspotenziale auch im Mittelstand heben – durch bewährte Förderprogramme und eine steuerliche Forschungsförderung für Unternehmen

Innovationsdruck nimmt zu: Ein verschärfter technologischer Wettbewerb, kürzere Produktlebenszyklen und globale Entwicklungen wie die Digitalisierung erhöhen den Innovationsdruck für die Unternehmen. Gerade KMU haben häufig eingeschränkte Möglichkeiten, z. B. bei der Finanzierung, bei der Fachkräftegewinnung oder auch bei der Entwicklung geeigneter FuE-Strategien. Als Innovationspartner sind KMU auch bei den Forschungseinrichtungen unterrepräsentiert.

Was zu tun ist: Das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM), die Industrielle Gemeinschaftsforschung (IGF) und „KMU-innovativ“ sind hilfreiche Förderinstrumente gerade für mittelständische Unternehmen. Die Bundesregierung sollte sie weiter ausreichend und gesichert finanzieren. Insgesamt benötigen innovative Unternehmen eine auch im internationalen Vergleich transparentere und unbürokratischere Forschungsförderung mit vereinfachten Antragsverfahren, verständlichen Formularen und Erklärungen sowie zügigen Bearbeitungszeiten. In Ergänzung zur bewährten Projektförderung ist eine bürokratiearme steuerliche Forschungsförderung ein essenzieller Baustein zur Erhöhung unternehmerischer Innovationsaktivitäten. Die Förderung sollte möglichst vielen, auch größeren Unternehmen, zugänglich sein. Den Kreis der begünstigten Unternehmen zu stark einzuschränken, würde die angestrebte Hebung des FuE-Potenzials unnötig begrenzen.

Innovationsfähigkeit über Startups stärken

Zu viele Hürden für Startups: Als junge, wirtschaftlich oft noch instabile Unternehmen benötigen besonders Startups Ressourcen, um Produkte zur Marktreife zu entwickeln und in den Markt zu bringen. Der deutsche Wagniskapitalmarkt ist im internationalen Vergleich schwach entwickelt. Es gibt wenige Business Angels und Venture Capital Fonds. Großvolumige Anlagemöglichkeiten für institutionelle Anleger fehlen ebenso wie Anreize für kleine und mittlere Unternehmen, mit Startups zu kooperieren.

Was zu tun ist: Die Maßnahmen der Bundesregierung zur verbesserten Möglichkeit des Verlustvortrages sind ein wichtiger Schritt zur Belebung des Wagniskapitalmarkts. Darüber hinaus sollte sie die Besteuerung von Wagniskapitalfonds so regeln, dass es nicht zu einer Doppelbesteuerung – erst des Fonds und dann auch noch des Anlegers – kommt. Zudem sollten Anlagemöglichkeiten für institutionelle Anleger geschaffen werden und kleine und mittlere Unternehmen gezielt bestärkt werden, ihre eigene Innovationsfähigkeit über Kooperationen mit Startups zu erweitern.

Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft stärken...

Mit Kooperationen zu Innovationen: Die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft schafft neues Wissen, zusätzliche Wertschöpfung und dient dem Fachkräfteaustausch. Allerdings gibt es bei ihrer Zusammenarbeit Hemmnisse aufgrund verschiedener Zielsetzungen sowie unterschiedlicher Kulturen in beiden Bereichen. Jeder vierte innovationsaktive Betrieb hat Schwierigkeiten, geeignete Kooperationspartner bei Hochschulen und öffentlichen Forschungseinrichtungen zu finden, gerade im Mittelstand.¹ Die geplante Transferinitiative des Bundes will Hemmnisse beim Wissenstransfer erfassen und bestehende Förderprogramme entsprechend anpassen. Auch die Strategie der Bundesregierung für Künstliche Intelligenz (KI) hat sich den Transfer von Forschungsergebnissen in die Unternehmen zum Ziel gesetzt. Der Bund plant, bis 2025 etwa drei Milliarden Euro in die Entwicklung und Anwendung von KI-Technologien zu investieren und damit digitalen Geschäftsmodell- und Prozessinnovationen den Weg zu bereiten.

Was zu tun ist: Der Technologietransfer sollte stärker im Fokus der Hochschulen sowie der öffentlichen und privaten Forschungseinrichtungen stehen, die das Angebot privater FuE-Dienstleister ergänzen sollten. Dazu benötigen sie zusätzliche finanzielle und personelle Ressourcen, nicht zuletzt, um einen regelmäßigen Austausch mit der Wirtschaft zu ermöglichen. Gerade für den Mittelstand sind wirtschaftsnahe Ansprechpartner zum Technologietransfer entscheidend. Sie können den Kontakt zu Unternehmen und Wissenschaft herstellen, Projekte initiieren, bei deren Durchführung unterstützen und den Schutz des geistigen Eigentums fördern. Hilfreich wäre zudem eine erhöhte Transparenz bei Portalen zu FuE- und Transferkompetenzen. Die stärkere Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft unterstützen auch Experimentierräume wie z. B. Real-labore. Neue Technologien, Anwendungsfelder und Geschäftsideen sowie regulatorische Instrumente könnten dabei ergebnisoffen getestet werden. Ein Bewusstsein für technologische Poten-

¹ siehe DIHK-Innovationsreport 2017

ziale schafft Akzeptanz und Vertrauen. Hochschulen sollten sich stärker an solchen Experimentierfeldern beteiligen. Diese sollten dann auch für Unternehmen niedrigschwellig zugänglich sein, um z. B. Anwendungen der Künstlichen Intelligenz erlebbar zu machen. Gerade in dem neuen Technologiefeld ist es notwendig, Grundlagen- und Anwendungsforschung gleichermaßen voranzubringen. Eine europäische Zusammenarbeit wäre hier wichtig, um im Wettbewerb mit KI-Vorreitern wie den USA und China zu bestehen.

... auch zum Durchbruch disruptiver Innovationen

Agentur für Sprunginnovationen als neues Förderinstrument: Besonders beim Hervorbringen disruptiver Innovationen besteht hierzulande Nachholbedarf, auch die öffentliche Förderlandschaft ist darauf nicht ausgerichtet. Die vom Bund beschlossene Agentur für Sprunginnovation zur Förderung neuer Produkte, Dienstleistungen oder Geschäftsmodelle, die den Markt radikal verändern, bietet die Chance, die Innovationsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft zu stärken und somit den Produktivitätszuwachs in Deutschland wieder zu beschleunigen.

Was zu tun ist: Die neu gegründete Agentur kann einen wichtigen Beitrag zur Förderung von Sprunginnovationen leisten, wenn sie interdisziplinär aufgestellt und mit hoher Entscheidungskompetenz ausgestattet ist sowie ergebnisoffen arbeiten kann – unter frühzeitiger Einbeziehung der Marktbedarfe. Das beinhaltet vor allem, dass von Anfang an der Transfer der Ergebnisse in die Wirtschaft und deren Markteinführung mitgedacht und somit der breiten Nutzung neuer Technologien durch Unternehmen, Gesellschaft und Staat der Weg bereitet wird.

Die IHK-Organisation trägt hierzu bei unter anderem durch:

- Organisation von über 430 unternehmensübergreifenden Innovationsnetzwerken
- Analysen und Befragungen, z. B. DIHK-Innovationsreport 2017
- über 13.000 Innovationsberatungsgespräche und mehr als 1.500 Veranstaltungen für Unternehmen pro Jahr
- Themenschwerpunkte in der Beratung: Digitalisierung, Energieeffizienz, 3D-Druck
- Unterstützung der Unternehmen beim Finden geeigneter Kooperationspartner, z. B. durch das Portal „Top-Wissenschaft“ der IHKs in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz oder auch das Industrie 4.0 Spitzencluster *it's OWL* in Nordrhein-Westfalen